

BAYERISCHES STAATSMINISTERIUM FÜR WISSENSCHAFT UND KUNST

Anfrage der Abgeordneten Susanne Kurz, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN,
zum Plenum vom 23. November 2022

„Stand der Dinge Sanierung Haus der Kunst

Ich frage die Staatsregierung, welche vertraglichen Verpflichtungen es vonseiten des Freistaates Bayern gegenüber dem Architekten David Chipperfield, der 2013 den Wettbewerb für die dringen notwendige und viel zu lange aufgeschobene Sanierung des Hauses der Kunst gewonnen hat, gibt, die aktuell mit einer Summe von über 300 Mio. Euro betitelt wird, mit welchen Kosten und rechtlichen Konsequenzen hätte der Freistaat im Falle einer erneuten Wettbewerbsausschreibung zu rechnen und inwieweit entsprechen die dem Jahr 2013 entstammenden Planungen zur Sanierung dem aktuellen Zeitgeist und den Bedarfen der Institution und Gesellschaft?“

Antwort des Staatsministeriums für Wissenschaft und Kunst:

Die Sanierung des Hauses der Kunst ist auf Grund des aktuellen baulichen Zustands erforderlich. Ziel ist eine denkmalschutzkonforme technische Sanierung der Bausubstanz ohne wesentliche Eingriffe in die räumliche Organisation des denkmalgeschützten Gebäudes. Insbesondere deshalb erfolgte die Vergabe der Architektenleistungen nicht über einen Architektenwettbewerb, sondern durch ein zweistufiges Vergabeverfahren (VOF-Verfahren). Aus einem sogenannten öffentlichen Teilnahmewettbewerb wurden fünf renommierte Architekturbüros zur Teilnahme an der zweiten Stufe des Verhandlungsverfahrens eingeladen. Im September 2013 erhielt das Architekturbüro David Chipperfield Architekten Berlin/London den Auftrag für eine „Planungsvorbereitende Studie“ zur Konkretisierung des Raumprogramms und des Nutzungskonzeptes.

Nach Bereitstellung der erforderlichen Haushaltsmittel konnten die Verhandlungsverfahren mit den Planungsbüros aufgenommen und 2022 das Büro Chipperfield sowie weitere Planungsbüros mit der Vorplanung (Lph. 2 HOAI) beauftragt werden. Die bislang insgesamt mit den Büros vertraglich vereinbarten Honorarkosten betragen rund 2,1 Mio. €. Diese Kosten wären bei Auslobung eines neuen Planungswettbewerbs weitgehend verloren.

Planungen aus dem Jahr 2013 gibt es nicht.

München, den 24. November 2022